



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Marc Bürgi, BDP: Alternative Sanierung BLPK
Autor/in: [Marc Bürgi](#)
Mitunterzeichnet von: --
Eingereicht am: 5. September 2013
Bemerkungen: --
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Sollten die Stimmberechtigten den Parteien nicht folgen und das Nein beschliessen, muss eine Alternative gefunden werden. Da der Bund die Frist zur Deckung der öffentlich-rechtlichen Pensionskasse um ein Jahr auf den 1.1.2015 verlängert hat, ist die Zeit zur Erarbeitung einer alternativen Lösung vorhanden.

Wie bekannt, weist die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) seit den 90er Jahren eine Unterdeckung aus. Die Gründe sind unterschiedlich, darauf soll hier nicht mehr eingegangen werden.

Die BLPK konnte per Ende 2012 einen konsolidierten Deckungsgrad von 80% ausweisen. Dies ergibt eine Deckungslücke von 20%. Die Massnahmen zur Ausfinanzierung der Deckungslücke der BLPK sind mit Gesamtkosten im Umfang von CHF 2'300 Millionen verbunden. Der Landrat hat beschliessen, dass die Pensionskasse nun mittels einer Schuldanererkennung seitens des Kantons sofort ausfinanziert und die verzinsbare Schuld gegenüber der Pensionskasse vom Kanton innert maximal 10 Jahren amortisiert wird. Das dazu nötige Kapital soll günstig auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden.

Die jetzige Lösung ist sowohl für die Versicherten als auch besonders für den Kanton und somit den Steuerzahler mit 10 Jahren zwar kurzfristig, jedoch deshalb finanziell betrachtet sehr schmerzhaft. Unterschiedliche Rechtsgutachten betreffend den Bestimmungen des BVG und der zuständigen Behörde OAK BV (Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge) haben ergeben, dass zur Deckungslücke bei einem Wegfall der Staatsgarantie eine Wertschwankungsreserve von 15-16% des Vorsorgekapitals erforderlich sei. Wird diese Wertschwankungsreserve notwendig, erhöht sich die Schuld des Kantons von CHF 2'300 Millionen um ca. CHF 1'200 Millionen auf CHF 3'500 Millionen. Durch die Verzinsung der gesamten Schuld entstehen trotz tiefer Zinsen weitere CHF 1'000 Millionen.

Diese Last, seien es "nur" 2'300 Millionen CHF oder wie in der obigen Rechnung dargestellt sogar mindestens CHF 4'500 Millionen, wird die Sanierung der BLPK der Kanton tragen müssen und somit der Steuerzahler. Bezogen auf die jetzige Vorlage wird von Steuererhöhungen von 10% geredet.

Aufgrund der bereits jetzt defizitären Kantonsfinanzen, den Bedarf an Kapital für andere Projekte wie besonders die Wirtschaftsoffensive ist eine Verschuldung des Kantons in diesem Ausmass fragwürdig.

Da der Bund 2 Möglichkeiten bietet (Vollkapitalisierung innert 10 Jahren oder Teilkapitalisierung mit mindestens 80% auf maximal 40 Jahre), wären andere Modelle möglich.

Hiermit lade ich die Regierung Basel-Landschaft ein, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu prüfen und zu berichten:

- **Ob und wie die BLPK mit einer Teilkapitalisierung, jedoch ebenfalls auf ein Deckungsgrad von 100% saniert werden kann**
- **Ob und wie die BLPK mit einer Sanierungszeit anstatt in 10 Jahren in 20 Jahren saniert werden (Mit der Teilkapitalisierung möglich) kann**

- **Was die Kosten für Versicherte, den Kanton, die Gemeinden und die restlichen Körperschaften mit dieser Alternative sein werden (z.B. höhere Zinsen)**
- **Was die Vorteile und Nachteile dieser alternativen Sanierung im Vergleich zur ursprünglichen Vorlage sind**